

Im Gespräch: László Sólyom

„Die ‚Garde‘ ist nur ein Symptom, das Schlagzeilen macht“

Der ungarische Präsident László Sólyom sorgt sich um den Ruf seines Landes. Die Lage der Roma in Ungarn und die Zukunft der ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten bekümmern ihn.

Herr Präsident, Ungarns Ruf leidet unter dem Auftritt radikaler Gruppen, deren Reden zwar nicht überall in der Ferne verstanden werden, deren uniformierte Aufmärsche das Ausland aber sehr wohl zu deuten weiß. Ist Ungarn auf dem Weg zu einer Radikalisierung?

Ich sehe diese Nachrichten, und sie verbittern mich. Die Berichte, die das Ausland offensichtlich und in vieler Hinsicht zu recht aufschrecken, geben nur ein Bruchstück der Wirklichkeit wieder. Man spricht von Faschisten und Neonazis. Ich fordere jedoch, im Inland wie im Ausland auf die Begrifflichkeiten zu achten. Es handelt sich in Ungarn um Rechtsradikale und eine rechtsradikale Bewegung. Die Wende und die Rechtsstaatlichkeit erlauben, dass allerlei Meinungen in der Öffentlichkeit erscheinen. Die Rechtsradikalen sind nicht akzeptabel, denn ihre Ideologie und Praxis verstößt gegen die Gleichheit der Würde aller Menschen. Sie müssen politisch und rechtlich bekämpft werden, dabei muss jedoch klar zwischen dem politischen und den rechtlichen Mitteln unterschieden werden. Wir sehen am Beispiel anderer Rechtsstaaten, dass das Recht in solchen Fällen weniger zu erreichen vermag als die Politik. Ich möchte zunächst das Gewicht auf die politische Bekämpfung dieser Bewegungen legen.

Im vergangenen Jahr hat die auffallendste Gruppe, die sogenannte Ungarische Garde, vor diesen Fenstern ihre Vereidigung abgehalten.

Das war rechtmäßig, aber sehr bedauerlich – und zugleich ein kommunikatorischer Steg der Radikalen. Seither beherrschen sie den symbolischen Raum. Sie wurden eine Übergröße in der Innenpolitik und im Ausland, ihre bloße Existenz wurde instrumentalisiert. Die Garde spielt und genießt ein Doppelspiel: einerseits als ein harmloser Verein, andererseits als die verkörperte Bedrohung für viele.

Betrachtet man die veröffentlichten Erklärungen der Gruppe, dann geht es um Katastrophenbekämpfung, Kulturpflege und andere gemeinnützige Tätigkeiten. Tatsächlich haben sie beim Hochwasser in einem Dorf handfest Hilfe geleistet. Doch schon der Stil der Veröffentlichungen hat etwas Bedrohliches. So heißt es: „Wir lassen die Vernichtung der Nation nicht zu!“ oder „Die letzte Stunde ist gekommen“. Da stellt sich die Frage: Wer bedroht denn das Ungarnum? Diese Bewegung fußt auf einem Feindbild, sie braucht einen Feind und hat ihn auch ausgemacht: in den Zigeunern, in den Roma. Ich möchte hier hervorheben, dass ich in Absprache mit den Vertretern dieser Bevölkerungsgruppe beide Ausdrücke gebrauche – so wie sie auch. Der amtliche Name ihrer Vertretungsorgane heißt „Selbstverwaltung der Zigeuner“. Zurück zur Garde: Diese fand ihr Betätigungsfeld in den Spannungen zwischen den Zigeunern und der übrigen Gesellschaft. Obwohl die Garde nie physische Kraft, gar Gewalt anwendete und nie von einer Minderwertigkeit dieser Ethnie in einem rassistischem Sinne sprach, ist es für das gesellschaftliche Klima verheerend, wenn sie gegen „Zigeunkriminalität“ auftritt und sich in die Rolle des Retters der armen Dorfbewohner schiebt, deren Hühner und Gemüsegärten nicht sicher seien.

Blieben wir noch bei der Garde. Haben Sie als Präsident bei der Veranstaltung vor Ihrem Dienststiz irgendwelche rechtlichen Vorkehrungen versäumt, die das Schauspiel verhindert hätten?

Keineswegs. Dieser Platz gehört nicht zum Amtssitz. Jedermann kann bis zur Hauswand vordringen. Im Sommer sitzen die Touristen hier.

Sie haben also keine Bannmeile?

Nein. Die Bürger können sich hier ruhig aufhalten. Ich bestehe auch darauf, dass die Polizei keine außerordentlichen Vorkehrungen trifft. Der Präsident hat keine Angst vor den Bürgern. Daher finden sogar Veranstaltungen statt, die ich schwer missbillige oder verurteile, die jedoch von Rechts wegen nicht verboten werden können. Nach dem Auftritt der Garde habe ich im Parlament meine Bewertung des Geschehens klargestellt.

Solche Erscheinungen dürfen nicht für das Land oder die Ungarn verallgemeinert werden. Was die Unterstützung der Bevölkerung für radikale Parteien betrifft, so steht Ungarn mit einem Wähleranteil von 2 bis 3 Prozent entscheidend besser da als manche europäischen Staaten, in denen die Radikalen mit viel höheren Anteilen in die Parlamente (oder sogar in die Regierung) eingezogen sind. Der Eindruck von Ungarn wird verschlimmert durch die Phantasieuniform der Garde. Die Neonazis in Deutschland tragen Räuberzivil, aber eben keine Uniform. Die Uniform

suggestiert, dass die Garde Aufgaben übernimmt, die eigentlich hoheitliche Aufgaben des Staates sind. Von den im Lande zu sehr verbreiteten und gebrauchten kommerziellen Sicherheitsdiensten aber unterscheidet sich die Garde durch ihre aggressive Ideologie. Hier liegt ein möglicher Angriffspunkt, um gegen die Garde rechtlich vorzugehen. Jedenfalls hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren zur Auflösung des Vereins eingeleitet. Das erstinstanzliche Urteil wurde jetzt gefällt: Das Hauptstädtische Gericht löste den Verein auf. Die Garde hat Berufung eingelegt; die Sache wird hoffentlich bald rechtskräftig entschieden.

Hat das ungarische Recht Regelungsklücken, ist das Strafrecht zu lasch, um so einem Verband Einhalt zu gebieten?

Die Gesetze über die politischen Freiheiten, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit wurden zur Zeit der Wende beschlossen, ebenso die einschlägigen Verfassungsartikel. Als Reaktion auf die kommunistische Unfreiheit und getrieben vom damaligen Optimismus hinsichtlich einer Selbstreinigung der Gesellschaft, gewähren diese Bestimmungen die größtmögliche Freiheit. Natürlich gibt es die Strafbestimmungen über die Aufstachelung zum Hass. Doch da sind die Hürden zu Recht sehr hoch: unmittelbare geistige Vorbereitung von Gewalttätigkeit, unmittelbare Gefährdung von Individualrechten. Das Verfassungsgericht, das diese Rechte weit ausgelegt hat, und ich als Präsident der Republik wachen über die Wahrung der Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit. Es gibt jedoch eine absolute Grenze: die Anwendung von Gewalt.

Sie sagten, die Mitglieder der Garde hätten bisher keine Straftaten begangen, keine Gewalt angewendet. In westlichen Zeitungen wird jedoch viel über Gewalttaten gegen Roma berichtet.

Berechtigterweise. Aber es ist falsch, daraus den Vorwurf zu machen, in Ungarn herrsche Rassismus. Dagegen muss ich als Präsident im Inland wie im Ausland protestieren. Die schrecklichen Gewalttaten werden sofort als Argumente im politischen Kampf missbraucht. Ohne jegliche Spuren oder Hinweise zu haben, ruft das eine Lager, einschließlich der Zigeuner „Rassismus!“, und beschuldigt die Garde wenn nicht der Täterschaft, so doch der Anstiftung. Es ist empörend, wenn die Polizei – vielleicht vorschnell – ein solches Motiv, wie bisher in jedem Fall, ausschließt. Die andere Seite spricht sofort und ähnlich unbegründet von Mafiakämpfen unter den Roma oder von Untaten der Wucherer gegenüber nicht zahlenden Schuldner. Die voreiligen Aussagen sind Anzeichen der Spannung. Die Aufklärungsquote solcher Verbrechen ist sehr gering, in den Mordfällen bis heute gleich null. Der Ombudsmann für Minderheiten hat recht, wenn er darauf hinweist: Die schwersten Straftaten werden zu Lasten von Zigeunern verübt. Sie sind also heute die am wenigsten geschützte Gruppe der Gesellschaft. Das ist unerträglich. Die Polizei müsste endlich ein klares Bild über Täter und deren Motive geben.

Das zeigt, im Hintergrund stehen tiefe und allgemeinere gesellschaftliche Probleme. Es ist gut, dass die rechtliche Lage der Garde nun gerichtlich geklärt wird. Nur dürften wir uns mit einer Auflösung nicht zufriedengeben. Die Garde ist nur ein Symptom, das Schlagzeilen macht.

Ist die Demokratie in der Lage, die Zigeunerfrage besser zu handhaben, als es der Sozialismus getan hat – oder bleiben die Erfolge jetzt aus, was wiederum internationales Aufsehen erregt?

In dem Streifen von der tschechisch-deutschen Grenze über Ungarn bis hinunter in den südlichen Balkan ist die Lage der Zigeuner oder Roma eines der größten Probleme, sicherlich auch der Zukunft. Ihr Anteil an der Bevölkerung wird wachsen. Alle diese Länder sehen sich

Wie findet man eine angemessene Sprache, um die Zusammengehörigkeit der Nation auszudrücken?

den gleichen Problemen gegenüber, die es auch im Westen Europas gibt, wie die Integration der Einwanderer, das Zusammenleben verschiedener Kulturen, die Fremdenfeindlichkeit und die zu entwickelnde gegenseitige Toleranz. Die Zigeuner sind sprachlich, kulturell und in ihrer Integrationsfähigkeit und -bereitschaft ebenso vielschichtig. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Großbetriebe bleibt praktisch schon die zweite Generation arbeitslos. Dies hat einen verwüstenden Einfluss auf die Kinder. Natürlich sollten Arbeitsplätze für die Roma geschaffen werden. Die bisherige vermeintliche Lösung, die soziale Hilfe und Betreuung der Zigeuner den Gemeinden zu überlassen, ruiniert beide Partner. Die einzige Chance des beruflichen und gesellschaftlichen Aufstiegs sind für die Roma die Schulung und die moderne Fachausbildung. Ohne ein pädagogisches Programm und ohne hierzu ausgebildete Lehrer und Helfer bleibt jedoch nur ein politisch gefärbtes, doktrinäres Ringen um den integrierenden oder segregierten Unterricht. Im Interesse der Integration der Zigeuner sollten beide Seiten ihre Positionen überprüfen.

Es gibt Schwierigkeiten auch in den nachbarschaftlichen Beziehungen Ungarns.

Ja, zurzeit gibt es Spannungen in dem Verhältnis zur Slowakei. Das ist ebenso bedauerlich wie unverständlich zwischen Nachbarstaaten in der EU. Im Grunde geht es um die Frage der nationalen Minderheiten. Als solche ist sie keineswegs auf diese Region begrenzt. In der EU gehört jeder siebte Bürger einer nationalen Minderheit an, und Europa ist voll ungelöst, aber auch gut gelöster Probleme dieser Art. Mancherorts überlebt noch die Vorstellung des homogenen Nationalstaates, der die Minderheiten als Kollektive nicht anerkennt – das ist die französische Schule mit vielen Nachfolgern in Osteuropa. Anderswo funktionieren beispielhafte Lösungen; da sind die Schweden in Finnland oder die Autonomie von Südtirol zu nennen. Wir sehen eine beträchtliche Entwicklung zur Sicherung von Minderheitenrechten im Völkerrecht, und es wird auch mit Institutionen auf der Ebene der betroffenen Nachbarstaaten experimentiert – wie beratende Körperschaften bei der Regierung unter Beteiligung der im Ausland lebenden

schen Ungarn in der Slowakei. Eine Umfrage aus der Slowakei zeigte Ende Oktober, dass alle Indikatoren im Schulwesen, im Gebrauch der Muttersprache, im Alltagsleben, in den Minderheitenrechten, im Verhältnis von Slowaken und ethnischen Ungarn in der Slowakei sich bis zum jüngsten Regierungswechsel verbessert hatten. Doch seit zwei Jahren fallen die Zahlen, und damit fällt die Stimmung. Aus dem Alltag wird berichtet, wer Ungarisch spreche, bekomme zu hören: „Wir sind in der Slowakei, wir sprechen hier Slowakisch.“ Auf Kinder wirkt das einschüchternd, auf Erwachsene entwürdigend.

Es gibt eine lange Liste von Klagen, und es gibt eine ständige ungarnefeindliche Rhetorik der Regierungsparteien und von deren Politikern. Ich erwähne nur die jüngste Affäre: Nach einer Verordnung des Kultusministers durften die geographischen Namen in Schulbüchern für ungarische Schüler nicht mehr auf Ungarisch, sondern allein auf Slowakisch erscheinen. Erst in diesen Tagen gelang es durch ein Gesetz, zum früheren Zustand zurückzukehren: Da stehen die slowakischen Namen hinter den ungarischen in Klammern. Doch scheint die Durchsetzung des Gesetzes sehr unsicher zu sein.



László Sólyom

Foto AP

Landsleute. Die EU kann dieser Frage nicht mehr den Rücken kehren. Das Problem war auch bisher dringend, die neuen Mitgliedstaaten und noch mehr die künftigen werden die Antwort erzwingen.

Ich möchte keine Gesichtsstunde halten, aber man muss wissen, dass beim Zerfall der Habsburgermonarchie nach dem Ersten Weltkrieg mehr als drei Millionen Ungarn (von den damals zehn Millionen) zu den neuen Nachfolgestaaten gerieten.

Es gibt Anschuldigungen, die Ungarn seien auf eine Revision der Grenzen aus. Sie können als Staatspräsident doch klarstellen, dass sich der Staat Ungarn mit dem Friedensvertrag von Trianon abgefunden hat.

Ja, das ist eindeutig. Schon seit dem Friedensvertrag von 1947 haben wir nie Grund zu Zweifeln. Nach der Wende von 1990 haben wir mit allen Nachbarstaaten Grundverträge geschlossen. Wir bekräftigten, dass wir die Staatsgrenzen als endgültig, als unveränderbar betrachten. Wir haben keine territorialen Forderungen gegenüber den Nachbarstaaten. Ich bin mir sicher, dass die Bevölkerung der Republik Ungarn das ebenso sieht.

Es ist eine andere Frage, wie man eine zeitgemäße Sprache findet, um die Zusammengehörigkeit mit den Auslandsungarn auszudrücken. In der kommunistischen Ära bis 1989 wurde die Frage tabuisiert, wo und warum Ungarn außerhalb der Grenzen der Volksrepublik leben. Dies war eine Reaktion auf die Revolution von 1956, die im Zeichen der nationalen Einheit und Selbstbehauptung standen hatte. Eine Generation ist ohne die Kenntnis dieser Fragen aufgewachsen, während die anderen kommunistischen Staaten einen nationalistischen Kurs führen und das Misstrauen und die Angst vor den Ungarn aus der Vorkriegszeit wachhielten. Seit der Wende von 1990 tauchen auf allen Seiten unsachliche Argumente, Vorwürfe und Befürchtungen auf. Wollte man irgendwann ein Ergebnis meiner Präsidentschaft benennen, so wäre ein solches, dass die Versöhnung und das Vertrauen zwischen allen Ungarn und den benachbarten Völkern erreicht wurden.

Wie ist in der Tat das ungarisch-slowakische Verhältnis?

Seit die Slowakei selbständig ist, gab es drei unterschiedliche Perioden des Verhältnisses zu Ungarn und zu den ethnischen Ungarn in der Slowakei. Eine Umfrage aus der Slowakei zeigte Ende Oktober, dass alle Indikatoren im Schulwesen, im Gebrauch der Muttersprache, im Alltagsleben, in den Minderheitenrechten, im Verhältnis von Slowaken und ethnischen Ungarn in der Slowakei sich bis zum jüngsten Regierungswechsel verbessert hatten. Doch seit zwei Jahren fallen die Zahlen, und damit fällt die Stimmung. Aus dem Alltag wird berichtet, wer Ungarisch spreche, bekomme zu hören: „Wir sind in der Slowakei, wir sprechen hier Slowakisch.“ Auf Kinder wirkt das einschüchternd, auf Erwachsene entwürdigend.

Es gibt eine lange Liste von Klagen, und es gibt eine ständige ungarnefeindliche Rhetorik der Regierungsparteien und von deren Politikern. Ich erwähne nur die jüngste Affäre: Nach einer Verordnung des Kultusministers durften die geographischen Namen in Schulbüchern für ungarische Schüler nicht mehr auf Ungarisch, sondern allein auf Slowakisch erscheinen. Erst in diesen Tagen gelang es durch ein Gesetz, zum früheren Zustand zurückzukehren: Da stehen die slowakischen Namen hinter den ungarischen in Klammern. Doch scheint die Durchsetzung des Gesetzes sehr unsicher zu sein.

Es gibt in Siebenbürgen im Szeklerland eine kleine ungarische Welt. Dort sind alle Ungarn: der Schuldirektor, der Bürgermeister, der Direktor der Wasserwerke, jeder. Das ist ein Wert. Ich wünsche, dass die Existenz solcher kleinen Welten innerhalb eines Landes mit eigenständiger Kultur als Gewinn und nicht als Gefahr anerkannt wird. Es ist sehr schade, dass wir die Siebenbürger Sachsen nicht mehr in der Region haben oder die Zipser Deutschen in der Slowakei. Es ist auch ein gemeinsamer Verlust, dass achtzigtausend Slowaken nach dem Krieg aus Ungarn in die Slowakei umsiedeln wurden, ebenso ist es die Vertreibung der Schwaben aus Ungarn. In meiner Jugend wurde in den Dörfern um Pécs (Fünfkirchen) am Abend in den Kneipen noch Deutsch gesprochen. Heute ist das vorbei.

Wie war die Reaktion des rumänischen Präsidenten?

Sehr positiv. Er harpte in der Kälte während meiner langen Rede neben mir aus. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass wir in dieser kleinen Welt ungestört verbleiben. Băsescu bekräftigte, in Rumänien hätten alle das Recht auf ihre nationale Identität, auf seelische Kontinuität – das kann man so verstehen: auch mit dem Mutterland. Er betonte die Gleichheit aller Nationalitäten in Rumänien und sprach von der nötigen Dezentralisierung des Staates. Ich fügte hinzu, es sei angebracht, das Szeklerland administrativ als eine Entwicklungsregion in der EU zu betrachten.

Was halten Sie von Territorialautonomie im Gegensatz zu kultureller Autonomie?

Die Kulturaautonomie ist das Recht jener, die an der jeweiligen Kultur teilhaben. Die territoriale Autonomie ist eine theoretische Möglichkeit in Europa – es gibt zahlreiche funktionierende Beispiele. Wenn die Voraussetzungen vorliegen, das kompakte Wohngebiet der Minorität und der Wille der Angehörigen dazu, dann können sie den Anspruch darauf erheben. Es ist eine Sache des Ausgleichs mit dem jeweiligen Staat, ob dieser diese Regelung ermöglicht oder nicht. Das Wort Autonomie kann nicht so ausgelegt werden, als ob sie sich gegen die territoriale Integrität des Landes richtet.

Es wird aber von vielen politischen Kräften in diesem Sinne benutzt.

Ja, in der Slowakei schon – aber nicht und nie von Seiten der Ungarn. Es gibt jedoch Länder, in denen das Wort Autonomie nicht als Schreckenswort gilt. In Serbien zum Beispiel. Dort ist das Autonomie-Statut der Vojvodina im Parlament in Belgrad eingebracht worden, wo es hoffentlich gutheißen wird. Die Vojvodina ist ein gemischtes Gebiet, von vielen Nationen bewohnt, das ebendeshalb mehr finanzielle und administrative Selbständigkeit begehrt, aber nie eine Trennung von Serbien angestrebt hat. Im Gegenteil: Dieser moderne Teil Serbiens will als Musterregion gelten auf dem Weg in die EU. Die Slowaken hingegen haben eine tief wurzelnde Angst vor solchen Worten, gar vor solchen Ansprüchen. Meine Aufgabe ist es, solche Ängste zu nehmen.

Was halten Sie von regionaler Selbstverwaltung anstelle von Autonomie?

Das hängt vom Inhalt ab. Im Szeklerland mit seinen drei historischen Bezirken sind zwei auch heute eigentlich autonom.

Bukarest kann die Einheiten so zuschneiden, dass die Szekler administrativ getrennt sind.

Nach dem Völkerrecht – und nach den Grundverträgen – darf die ethnische Zusammensetzung von Territorien nicht geändert werden. Dessen unbeschadet können die Verwaltungsgrenzen so bestimmt werden, dass sie mit der ethnischen Gliederung nicht im Einklang stehen. So wird aus der örtlichen Mehrheit eine Minderheit gemacht. Die Ungarn in der Slowakei klagen darüber, sie seien auch dort, wo sie kompakt zusammenleben, verwaltungstechnisch zerschnitten worden.

Es gibt vier größere kompakte Siedlungen der Ungarn außerhalb Ungarns: in Siebenbürgen, in der Südslowakei, in der Ukraine an der ungarischen Grenze und im Norden von Serbien, in der Vojvodina.

teilen, die in der Nachbarschaft leben, eine kulturelle Einheit zu bilden. Das gefährdet überhaupt nicht die Souveränität oder die Integrität dieser Staaten.

In Besztercebánya oder Banská Bystrica (Neusohl) in der Slowakei hielten Präsident Ivan Gašparovic und ich Vorlesungen. Ich sagte den Studenten: „Erlauben Sie mir, dass ich unsere ganze, einst gemeinsame Heimat liebe.“ Das gilt natürlich auch umgekehrt. Es nimmt uns nichts weg, wenn Slowaken oder Rumänen das heutige Ungarn lieben, wo Mitglieder und Gemeinschaften ihrer Nation lebten und lebten. Wir hatten eine gemeinsame Geschichte, besonders mit den Slowaken, die seit dem elften Jahrhundert im Königreich Ungarn lebten. Alle Errungenschaften, alle Kulturschätze sind gemeinsame Schätze. In 800 Jahren Geschichte machte es keinen Unterschied, ob etwa ein Wissenschaftler Slowake oder Ungar war.

Gilt diese Aussage im Grundsatz auch für Rumänien?

In Csíkszereda (Miercurea Ciuc) habe ich im Beisein des rumänischen Präsidenten Traian Băsescu Ähnliches gesagt, als wir im Oktober den Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956 feierten.

Es gibt in Siebenbürgen im Szeklerland eine kleine ungarische Welt. Dort sind alle Ungarn: der Schuldirektor, der Bürgermeister, der Direktor der Wasserwerke, jeder. Das ist ein Wert. Ich wünsche, dass die Existenz solcher kleinen Welten innerhalb eines Landes mit eigenständiger Kultur als Gewinn und nicht als Gefahr anerkannt wird. Es ist sehr schade, dass wir die Siebenbürger Sachsen nicht mehr in der Region haben oder die Zipser Deutschen in der Slowakei. Es ist auch ein gemeinsamer Verlust, dass achtzigtausend Slowaken nach dem Krieg aus Ungarn in die Slowakei umsiedeln wurden, ebenso ist es die Vertreibung der Schwaben aus Ungarn. In meiner Jugend wurde in den Dörfern um Pécs (Fünfkirchen) am Abend in den Kneipen noch Deutsch gesprochen. Heute ist das vorbei.

Wie war die Reaktion des rumänischen Präsidenten?

Sehr positiv. Er harpte in der Kälte während meiner langen Rede neben mir aus. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass wir in dieser kleinen Welt ungestört verbleiben. Băsescu bekräftigte, in Rumänien hätten alle das Recht auf ihre nationale Identität, auf seelische Kontinuität – das kann man so verstehen: auch mit dem Mutterland. Er betonte die Gleichheit aller Nationalitäten in Rumänien und sprach von der nötigen Dezentralisierung des Staates. Ich fügte hinzu, es sei angebracht, das Szeklerland administrativ als eine Entwicklungsregion in der EU zu betrachten.

Was halten Sie von Territorialautonomie im Gegensatz zu kultureller Autonomie?

Die Kulturaautonomie ist das Recht jener, die an der jeweiligen Kultur teilhaben. Die territoriale Autonomie ist eine theoretische Möglichkeit in Europa – es gibt zahlreiche funktionierende Beispiele. Wenn die Voraussetzungen vorliegen, das kompakte Wohngebiet der Minorität und der Wille der Angehörigen dazu, dann können sie den Anspruch darauf erheben. Es ist eine Sache des Ausgleichs mit dem jeweiligen Staat, ob dieser diese Regelung ermöglicht oder nicht. Das Wort Autonomie kann nicht so ausgelegt werden, als ob sie sich gegen die territoriale Integrität des Landes richtet.

Es wird aber von vielen politischen Kräften in diesem Sinne benutzt.

Ja, in der Slowakei schon – aber nicht und nie von Seiten der Ungarn. Es gibt jedoch Länder, in denen das Wort Autonomie nicht als Schreckenswort gilt. In Serbien zum Beispiel. Dort ist das Autonomie-Statut der Vojvodina im Parlament in Belgrad eingebracht worden, wo es hoffentlich gutheißen wird. Die Vojvodina ist ein gemischtes Gebiet, von vielen Nationen bewohnt, das ebendeshalb mehr finanzielle und administrative Selbständigkeit begehrt, aber nie eine Trennung von Serbien angestrebt hat. Im Gegenteil: Dieser moderne Teil Serbiens will als Musterregion gelten auf dem Weg in die EU. Die Slowaken hingegen haben eine tief wurzelnde Angst vor solchen Worten, gar vor solchen Ansprüchen. Meine Aufgabe ist es, solche Ängste zu nehmen.

Was halten Sie von regionaler Selbstverwaltung anstelle von Autonomie?

Das hängt vom Inhalt ab. Im Szeklerland mit seinen drei historischen Bezirken sind zwei auch heute eigentlich autonom.

Bukarest kann die Einheiten so zuschneiden, dass die Szekler administrativ getrennt sind.

Nach dem Völkerrecht – und nach den Grundverträgen – darf die ethnische Zusammensetzung von Territorien nicht geändert werden. Dessen unbeschadet können die Verwaltungsgrenzen so bestimmt werden, dass sie mit der ethnischen Gliederung nicht im Einklang stehen. So wird aus der örtlichen Mehrheit eine Minderheit gemacht. Die Ungarn in der Slowakei klagen darüber, sie seien auch dort, wo sie kompakt zusammenleben, verwaltungstechnisch zerschnitten worden.

Es gibt vier größere kompakte Siedlungen der Ungarn außerhalb Ungarns: in Siebenbürgen, in der Südslowakei, in der Ukraine an der ungarischen Grenze und im Norden von Serbien, in der Vojvodina.

Sonst haben wir es mit gemischten Gebieten zu tun. Der „Erhalt der Nation“ ist keine Gefahr – für niemanden. Könnte ich solche Ängste lösen helfen, wäre dies ein wichtiges Ergebnis. Doch diese Angst sitzt tief und bringt verquere Vorstellungen hervor.

Heißt das im Umkehrschluss, dass die jetzigen Schwierigkeiten – Stichworte Fußballkrawalle, Grenzblockaden – nicht die Ursachen der Spannungen, sondern eher deren Wirkungen sind?

Ja, das sind sozusagen die Spitzen des Eisbergs. Trotzdem möchte ich betonen, es gibt in der Bevölkerung auch viel Verständnis und gut funktionierende Zusammenarbeit etwa in den Grenzregionen oder in der Wirtschaft. Nach einer regelmäßig wiederholten Umfrage halten die Ungarn die Slowaken unter allen Nachbarvölkern für jene, die ihnen am ähnlichsten seien.

Der Einfluss der Republik Ungarn auf die ungarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten ist ein wesentlicher Faktor. Die Vertreter der Ungarn in der Slowakei und in Rumänien sind gespalten – parallel zu den beiden Volksparteien im ungarischen Mutterland. In Ungarn selbst gibt es keinen „nationalen Konsens“ in Fragen der Volksgruppen.

Die ungarische Politik wollte im ersten Jahrzehnt nach der Wende einen bestimmenden Einfluss auf die Auslandsungarn haben. Sie exportierte dementsprechend ihre eigene Spaltung. Heute ertragen die eigenständigen Formationen der ungarischen Volksgruppen – ich meine sogar: die dortigen ungarischen Gesellschaften – diese Vormundschaft nicht mehr. In mehreren Konferenzen, zu denen ich aus den Minderheiten keine Politiker, sondern Lehrer, Forscher, Redakteure, Priester einlade, erörtern wir die demographi-

Ich hoffe, dass die Minderheit aus der Slowakei nicht auswandert, auch nicht nach Ungarn.

sche Lage, die Sprache, die gemischten Gebiete und die Diaspora, sprechen über äußere und ungarische Hilfe, über selbständiges Wirtschaften und das Unterrichtsleben. Ich lerne daraus sehr viel. Ich sehe, dass das Ungarnum auch 90 Jahre nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie eine kulturelle Einheit, eine kulturelle Nation ist mit mehreren regionalen Gemeinschaften in den Nachbarländern – und mit einer großen Diaspora. Budapest diktiert nicht mehr. Die unterschiedlichen Volksgruppen sind sehr verschieden. In Bukarest geht es ganz anders zu als in Pozsony (Bratislava/Pressburg) oder in Ljubljana (Laibach). Dass es Unterschiede zwischen den ungarischen Volksgruppen im Ausland gibt, schadet der Einheit nicht.

Der ungarische Regierungschef Antal sagte 1990, in seiner Seele sei er Ministerpräsident für 15 Millionen Ungarn. In welcher Eigenschaft kümmern Sie sich um die ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern: als Staatsoberhaupt, als Verfassungsrechtler oder als Privatmann?

In allen drei Eigenschaften. Als Präsident verwirkliche ich den Verfassungsauftrag, dass die Republik Ungarn Verantwortung fühlt für die im Ausland lebenden Ungarn. Ich setze dies in die Tat um. Ich glaube, ich beachte sehr behutsam alle rechtlichen Grenzen und nutze alle rechtlichen Möglichkeiten. Die ungarische Nachbarschaftspolitik ist bestrebt, die Minderheitenfragen nicht als rein innenpolitische Angelegenheit zu betrachten. Deshalb hat Ungarn in allen seinen Grundverträgen das Instrument des heutigen internationalen Minderheitenschutzes durchgesetzt. Zugleich beachte ich alle Empfindlichkeiten der Nachbarn.

Werden Sie in den Nachbarstaaten damit verstanden?

Ich bedauere zutiefst, dass die Slowaken es nicht gutheißen, dass ich den Sankt-Stephan-Tag an dem Ort feiere, wo die älteste schriftliche ungarische Reliquie aufbewahrt wurde. Ich begrüße es herzlich, wenn hohe slowakische oder kroatische Amtsträger in Ungarn ihre Landsleute treffen. Ich weise stets darauf hin, dass wir überhaupt keine Forderungen haben und dass alle Ungarn, die außerhalb Ungarns leben, loyale Staatsbürger des Landes sein müssen, in dem sie leben, und dass sie sich in die bestehende Gesellschaft integrieren müssen. Alles, was sie dort schaffen, geistig wie materiell, kommt der Slowakei oder dem jeweiligen Land zugute. Und ich sage stets, dass unsere gemeinsame Geschichte mit Betonung auf Gemeinsamkeit gepflegt werden soll. Die Ungarn in der Slowakei haben eine doppelte Verbundenheit. Sie verstehen sich als Ungarn, als Angehörige der ungarischen kulturellen Nation, und sie sind gute slowakische Bürger, und sie sind gute kroatische Bürger, sie sind dort geboren, ihre Vorfahren waren dort. Ich hoffe, dass sie nicht auswandern werden, auch nicht nach Ungarn. Der Schlüsselsatz weist über alle technischen Lösungen und formalen Bestrebungen hinaus. Er lautet: Wir müssen offen sein.

Das Gespräch mit dem ungarischen Staatspräsidenten führten Georg Paul Hefty und Reinhard Olt.